

**Bündnis 90/Die Grünen**  
**Fraktion im Rat Altenbeken**

Karin Wiemers  
Cheruskerstraße 42  
33184 Altenbeken  
Tel.05255/986320

15.12.2008

An den Bürgermeister der  
Gemeinde Altenbeken  
Bahnhofstraße 5a  
33184 Altenbeken

Antrag zum Haushalt 2009:  
Ausgleich Kindergeld-Erhöhung für Kinder von Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt zum Haushalt 2009 folgenden Antrag:

**Beschlussvorschlag:**

Die Gemeinde Altenbeken stellt in ihrem Haushalt 2009 einen Betrag von € 10.000 für eine anrechnungsfreie Kompensation der geplanten Kindergeld-Erhöhung für Kinder von Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch bereit.

**Begründung:**

Nach Willen der Bundesregierung soll ab Januar 2009 das nach dem Familiengesetz gezahlte Kindergeld für das erste und zweite Kind von € 154 auf € 164 € monatlich steigen, für das dritte Kind von € 154 auf € 170 und für jedes weitere Kind von € 179 auf € 195. Familien mit drei Kindern werden damit € 432 mehr pro Jahr für ihre Kinder zur Verfügung haben, doch nur, wenn sie nicht zum Kreis der Leistungsempfänger nach dem SGB II (bekannter unter „Hartz 4“) gehören. Gerade diesem Personenkreis - mit dem höchsten Armutsrisiko - wird die Erhöhung nicht gewährt, weil sie als anrechenbares Einkommen bewertet wird.

Kinder direkt und unmittelbar zu unterstützen ist das Ziel der Kindergeldzahlungen. B90/ Die Grünen empfindet es als zutiefst ungerecht, dass ausgerechnet diejenigen nicht an der Kindergelderhöhung teilhaben sollen, für die es zuallererst gedacht sein sollte. Für handwerkliche Fehler im Zusammenspiel unterschiedlicher Gesetzeswerke sollte die Gemeinde nicht die Kinder von Leistungsbeziehern haftbar machen und stellvertretend als sachlich zuständig die Verantwortung übernehmen.

Zwar hat der Bundesrat die vorgesehene Erhöhung des Kindergeldes vorerst gestoppt, doch nur, weil sich die Länder mit ihrem Beitrag zur Finanzierung überfordert fühlen. Über die Erhöhung selbst ist man sich aber einig. Ein Vermittlungsausschuss soll nun einen Kompromiss zwischen Bund und Ländern noch vor Weihnachten finden.

Mit freundlichen Grüßen  
Karin Wiemers